

Suchtreffer

2013-11-15

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm ist eine Umstellungsosteotomie trotz weiter bestehender Kniebeschwerden bei fachgerechter Ausführung und Beratung nicht rechtswidrig (26 U 61/2012 8. Oktober 2013).

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm hat ein Kind keinen Unterhaltsanspruch gegen die Eltern, soweit es seinen Unterhaltsbedarf durch Leistungen der Bundesausbildungsförderung (auch Darlehen) decken kann (2 WF 161/2013 26. September 2013).

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg ist ein Antrag eines Grundstückseigentümers auf vorläufige Aussetzung der zweiten Änderung des Planes für die Umgestaltung des Bahnknotens Stuttgart im Abschnitt 1.2 Fildertunnel abgewiesen (5 S 1036/2013 11. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg sind die Anschlussbeitragsansprüche der Stadt Cottbus gegenüber so genannten Altanschließern nicht verjährt und entsprechende Bescheide rechtmäßig (9 B 34/2012 14. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz ist eine nur fünf Monate dauernde Ehe eines Polizeibeamten wegen Widerlegung der gesetzlichen Vermutung einer Versorgungsehe durch die Klägerin keine Versorgungsehe, so dass der Witwe eine Rente zusteht (2 A 11261/2012 29. Oktober 2013).

Nach einer Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Hamm kann ein Arbeitgeber grundsätzlich zur Erstattung der von einem Arbeitnehmer auf Grund seiner Tätigkeit für Ordnungswidrigkeiten (z. B. Lenkzeitüberschreitungen) gezahlten Bußgelder verpflichtet sein, doch gilt dies nicht, wenn der Arbeitgeber keine Sanktionen für rechtstreues Verhalten angedroht hat (8 Sa 502/2013 11. Juli 2013).

Nach einer Entscheidung des Landgerichts Berlin ist der frühere Notar Marcel E. wegen Untreue in Tateinheit mit Beihilfe zum Betrug (bei dem Vertrieb überteuerter Immobilien als Steuersparmodelle) zu 42 Monaten Haft verurteilt.

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Münster ist die Vergabe der Studienplätze für das Masterstudium der Betriebswirtschaftslehre durch die Universität Münster wegen rechtswidriger Gewichtung von Bewertungselementen rechtswidrig (9 L 494/2013 13. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig ist das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holsteins nicht berechtigt, von den Betreibern von Facebook-Fanseiten zu verlangen, diese Seiten wegen etwaiger datenschutzrechtlicher Rechtsverletzungen zu entfernen, weil der Seitenbetreiber auf den Datenverkehr zwischen dem Nutzer und Facebook keinen Einfluss hat (8 A 218/2011 9. Oktober 2013).

Nach einer Entscheidung des zuständigen Gerichts der Vereinigten Staaten von Amerika darf Google digitalisierte Bücher im Internet durchsuchbar machen.

Auf der Suche nach Wahrung von Wettbewerbsvorteilen auf dem Geldmarkt will Liechtenstein am 21. November 2013 ein internationales Abkommen zur Verhinderung von (ungerechtfertigten) Steuervorteilen unterzeichnen, zum automatischen Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten übergehen und (unterschiedliche, geheim gehaltene?) bilaterale Vereinbarungen (divide et impera) zum automatischen Austausch von Steuerinformationen schließen.

Österreich hat den halbjährlich wechselnden Vorsitz im Europarat übernommen.

2013-11-14

Nach einer Entscheidung des Gerichtshofs (der Europäischen Union) ist, wenn ein Asylbewerber wegen der Gefahr von Grundrechtsverletzungen nicht an den nach der Dublin-II-Verordnung zur Prüfung seines Asylantrags zuständigen Mitgliedstaat (z. B. Griechenland) überstellt werden kann, der Antragsmitgliedstaat grundsätzlich nicht zur selbständigen Prüfung des Antrags verpflichtet, doch muss er, wenn er von einem Selbsteintrittsrecht nicht Gebrauch machen will, einen anderen für diese Prüfung zuständigen Mitgliedstaat ermitteln (C-4/2011 14. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands besteht kein Anspruch auf einen Ausgleich nach der Fluggastrechteverordnung wegen Verspätung, wenn ein pünktlich abgeflogenes und ankommendes Flugzeug wegen fehlender Landeerlaubnis verspätet landet, weil dann ein außergewöhnlicher, vom Flugunternehmen nicht zu tragender Umstand gegeben ist (X ZR 115/2012 13. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands ist auch bei einer Gebrauchsmustersache oder Geschmacksmustersache nicht pauschal von einem überdurchschnittlichen Umfang oder einer überdurchschnittlichen Schwierigkeit der Tätigkeit auszugehen, die eine Überschreitung der Regelgebühr von 1,3 (und damit bei einem Streitwert von 100000 Euro eines Gebrauchsmusters und eines Geschmacksmusters einer Einkaufstasche von 100000 Euro und einer Anwaltsgebühr von 1,5 2440 Euro Abmahngebühr) rechtfertigt (X ZR 171/2012 13. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Deutschlands begründet ein Mischkonsum von Cannabis und Alkohol selbst dann regelmäßig eine mangelnde Fahreignung, wenn die Einnahme der Substanzen nicht in einem Zusammenhang mit der Teilnahme am Straßenverkehr steht (3 C 32/2012 14. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts Deutschlands ist eine allgemeine Arbeitsvertragsbedingung, mit der eine Sonderzahlung zum Jahresende vom Bestand des Arbeitsverhältnisses abhängig gemacht wird, unwirksam, wenn damit sowohl die Bindung an den Betrieb belohnt wie auch eine bereits erbrachte Arbeitsleistung vergütet werden soll (10 AZR 848/2012 13. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Bayern war die Gemeinde Übersee nicht verpflichtet, in die Erlaubnisbescheide für das Chiemsee Reggae Festival und das Chiemsee Rocks eine Auflage der Sicherung landwirtschaftlicher Nachbargrundstücke durch zweimeterhohe Zäune gegen das Betreten durch Besucher aufzunehmen (10 B 1231/2013 7. August 2013).

Nach einer die Entscheidung der Vorinstanz aufhebenden Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg ist das Informationsfreiheitsgesetz nicht auf mandatsbezogene Unterlagen des wissenschaftlichen Diensts und des Sprachendienstes des Bundestags Deutschlands anzuwenden, so dass der Bundestag so genannte UFO-Unterlagen und Guttenberg-Unterlagen nicht offenlegen muss (12 B 3/2012 13. November 2013 u. a.)

Nach einer Entscheidung des Landessozialgerichts Sachsen-Anhalt verletzt ein Schiedsspruch des Landesschiedsamts über die morbiditätsbedingte Gesamtvergütung der ambulanten vertragsärztlichen Leistungen im Jahr 2013 gesetzliche Vorschriften (9 KA 4/2013 KL 13. November 2013).

Suchtreffer

Nach einer Entscheidung des Landgerichts Augsburg ist Karlheinz Schreiber wegen Steuerhinterziehung in sechs Fällen zu 6,5 Jahren Haft verurteilt (Vollzug wegen Alters und Krankheit unwahrscheinlich, Revision angestrebt), das Verfahren wegen Bestechung Holger Pfahls' infolge Verjährung eingestellt (14. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin ist der Anspruch auf Akteneinsicht nach den Informationsfreiheitsgesetzen des Bundes und Berlins ausgeschlossen, wenn (wie z. B. bei den Aufsichtsratsprotokollen zur Verschiebung der Inbetriebnahme des Flughafens Berlin-Brandenburg) die Information einer gesetzlich geregelten Geheimhaltungs- oder Vertraulichkeitspflicht unterliegt (2 K 293/2012 13. November 2013).

Nach einem Vergleich vor dem Oberlandesgericht München zahlt der Deutsche Bob- und Schlittenverband der auf der Bobbahn in Königsee schwer verunglückten und seitdem an einen Rollstuhl gebundenen Irina Skworzina 650000 Euro Schadensersatz.

Nach einer Entscheidung des zuständigen Gerichts Frankreichs ist der Technische Überwachungsverein Rheinland-Pfalz wegen Vernachlässigung von Kontrollpflichten und Aufsichtspflichten für die Schäden von Frauen durch den Brustimplantatehersteller PIP mitverantwortlich, so dass Schadensersatzansprüche von derzeit 48 Millionen Euro drohen.

Nach einer Entscheidung des zuständigen Gerichts Ecuadors ist eine Verurteilung Chevrons zu Schadensersatz wegen Umweltverschmutzung bestätigt, doch ist die Verdoppelung des Schadensersatzes auf 7,1 Milliarden Euro wegen Ausbleibens einer öffentlichen Entschuldigung durch ein Berufungsgericht durch die dritte Instanz wieder aufgehoben.

Nach einer Entscheidung des zuständigen Gerichts Brasiliens sind hohe Funktionäre der regierenden Arbeiterpartei, frühere Kabinettsmitglieder und Direktoren von Unternehmen (endgültig) zu Haftstrafen verurteilt.

Irland benötigt keine neue Kreditlinie nach dem Auslaufen des europäischen Hilfsprogramms mehr und auch Spanien scheint bald gesichert zu sein.

2013-11-13

Nach einer Entscheidung des Gerichts (der Europäischen Union) muss die von Ungarn der Erdölgesellschaft MOL gewährte Beihilfe mangels einer nachweisbaren Wettbewerbsbegünstigung entgegen einer Entscheidung der Europäischen Kommission nicht zurückgezahlt werden (T-499/2010 12. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands können Gebrauchsgegenstände (z. B. ein Geburtstagszug aus Holz) wie Bücher oder Musikstücke vom Urheberrecht umfasst sein, so dass eine Designerin einen Anspruch auf eine höhere Beteiligung an dem Verkaufserfolg haben kann, wenn ihr Entwurf eine künstlerische Leistung ist.

Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts Deutschlands ist ein Höchsteintrittsalter (z. B. von 50 Jahren) in einem Leistungsplan einer Unterstützungskasse einer betrieblichen Altersversorgung keine Diskriminierung wegen des Alters und bewirkt keine unzulässige Benachteiligung wegen des Geschlechts und ist deshalb rechtmäßig (3 AZR 356/2012 12. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Landessozialgerichts Hessen ist bei Fußballspielern der ersten bis vierten Liga von überdurchschnittlich hohen Belastungen der Kniegelenke auszugehen, so dass ein Meniskusschaden als Berufskrankheit eingestuft werden kann.

Nach einer Entscheidung des Landessozialgerichts Hessen stehen die im Rahmen ihrer Mitgliedspflichten bei dem Aufbau eines Vereins tätigen Mitglieder eines Vereins nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung, so dass diese nicht für den tödlichen Unfall eines Zeltwirts eintreten muss (3 U 231/2010 30. April 2013).

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gießen ist die Frage des kirchlichen Charakters einer Stiftung nicht inzident (z. B. in einer Klage der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gegen das Land Hessen) zu klären, sondern in einem eigenständigen statusrechtlichen Verfahren (8 K 818/2013 12. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln hat ein in Indien 2010 von einer unbekannten und nicht in die Geburtsurkunde eingetragenen Leihmutter geborenes Kind (trotz der Anerkennung der biologischen Vaterschaft durch das Verwaltungsgericht Tel Aviv) nicht die Staatsangehörigkeit Deutschlands seines biologischen, mit ihm in Israel lebenden Vaters (10 K 2043/2012).

Nach einem Vergleich vor dem Sozialgericht Mainz hat ein auf Grund von Folterungen in seinem Heimatland traumatisierter Empfänger von SGB-II-Leistungen Anspruch auf Anerkennung von Mehrbedarf hinsichtlich der Fahrtkosten für notwendige Facharztbesuche (15 AS 1324/2010).

Nach einer Entscheidung des zuständigen Gerichts Spaniens ist niemand für den Untergang des Öltankers Prestige vor der Nordwestküste Spaniens im Jahre 2002 strafrechtlich verantwortlich.

Nach einer Entscheidung des zuständigen Schiedsgerichts muss Starbuck wegen rechtswidriger Beendigung einer vertraglichen Zusammenarbeit mit dem Lebensmittelunternehmen Kraft Foods rund 2,1 Milliarden Dollar Schadensersatz zahlen.

In Deutschland wurden im Jahre 2012 rund 24 Milliarden Euro Sozialhilfe an Bedürftige gezahlt.

Malta erlässt ein Gesetz, nach dem gegen Zahlung von 650000 Euro von Ausländern die Staatsangehörigkeit erworben (gekauft) werden kann.

In Genf wurde der größte orangefarbige Diamant (14,82 Karat) für rund 23 Millionen Euro an einen unbekannten Käufer versteigert.

Nach Einschätzung der Gewerkschaft ver.di ist das am 13. November 2013 zu verabschiedende Arbeitsrecht der evangelischen Kirche in Deutschland vollkommen unzureichend.

2013-11-12

Nach einer Entscheidung des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte muss Schweden wegen fehlender Strafandrohung für heimliche Nacktaufnahmen bzw. wegen fehlender Bereitstellung von Rechtsmitteln gegen Verletzung von Persönlichkeitsrechten einer Klägerin 10000 Euro Entschädigung zahlen, nachdem ein Berufungsgericht den Angeklagten wegen Fehlens einer gesetzlichen Strafandrohung für Filmen ohne Einwilligung freigesprochen hatte.

Nach einer Entscheidung des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte muss die Türkei wegen Bombardierung zweier kurdischer Dörfer mit 33 Toten 2,3 Millionen Euro Schmerzensgeld an 41 Kläger als Hinterbliebene der Opfer zahlen.

Suchtreffer

Nach einer (eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Deutschlands umsetzenden) Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands bedarf (entgegen einer früheren Entscheidung im Falle Macrotron) der Rückzug einer börsennotierten Aktiengesellschaft von der Börse (Delisting) keines Beschlusses der Hauptversammlung und keines Pflichtangebots der Aktiengesellschaft oder des Großaktionärs über den Kauf der Aktien der Minderheitsaktionäre, so dass Aktionäre keinen Anspruch auf Entschädigung haben (II ZB 26/2012 8. Oktober 2013).

Nach einer Entscheidung des Finanzgerichts Hessen kann ein Erbe, der auf Grund eines ihm gegenüber ergangenen Einkommensteuerbescheids für den verstorbenen Erblasser Kirchensteuer nachzahlen muss, den entsprechenden Betrag als (eigene) Sonderausgabe geltend machen (8 K 649/2013 26. September 2013).

Nach einer Entscheidung des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz ist die Gestaltung von Angebotswerbung und Prospektwerbung keine freischaffend-künstlerische, sondern eine gewerbliche und deshalb gewerbsteuerpflichtige Tätigkeit (6 K 1301/2010 24. Oktober 2013).

Nach einer Entscheidung des Landgerichts Frankenthal ist ein 58jähriger Frauenarzt wegen 35000 in mehr als 1400 Fällen heimlich hergestellter Fotografien und dreier Fälle sexuellen Missbrauchs zu 3,5 Jahren Haft und 4 Jahren Berufsverbot verurteilt (11. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Landgerichts Frankfurt am Main sind Anfechtungsklagen der Erben Leo Kirchs gegen die Beschlüsse der außerordentlichen Hauptversammlung der Deutschen Bank vom 11. April 2012 wegen Fehlens irgendwelcher Satzungsverletzungen oder formeller Mängel abgewiesen (3-05 O 151/2013 12. November 2013).

Nach einer Entscheidung des Landgerichts Frankfurt am Main ist Sonja Suder vom Vorwurf der Beteiligung an drei Morden freigesprochen, aber wegen Beteiligung an Anschlägen in Heidelberg und Nürnberg im Jahre 1977 zu 3,5 Jahren Haft verurteilt.

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Trier hat ein Tischler ohne Abitur (auf Grund nur der Erfahrungen aus einer Erziehungszeit) keinen Anspruch auf Zulassung zum Bachelorstudium der Erziehungswissenschaften, weil die berufliche Ausbildung keinen inhaltlichen Zusammenhang mit dem angestrebten Studiengang hat (5 K 692/2013 30. Oktober 2013).